



Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gentechnisch verunreinigtes Saatgut in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Im Rahmen von Kontrollen von Saatgut wurde in Schleswig-Holstein gentechnisch veränderter Raps gefunden, für den es keine Zulassung gibt. Nach einer verspäteten Rückrufaktion wurde das Saatgut in Schleswig-Holstein auf 300 Hektar Land ausgebracht. Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 25. Tagung des Landtages mündlich dazu zu berichten.

Der Landtag fordert die Landesregierung weiter auf, bei der Beseitigung des Schadens folgende Punkte zu beachten:

1. Die Ursachen für dieses Inverkehr- und Ausbringen einer nicht zugelassenen Rapsorte sollen aufgeklärt werden.
2. Die Aussaat und die aufgelaufenen Pflanzen müssen vollständig und nachhaltig beseitigt werden.
3. Es muss dabei auch gewährleistet werden, dass die ausgebrachten gentechnisch veränderten Rapsamen nicht in dem kommenden oder darauf folgenden Jahren auskeimen.
Dazu ist ein tiefes Pflügen nicht geeignet, vielmehr müssen durch flache Bodenbearbeitung die bisher aufgelaufenen Pflanzen beseitigt werden, ohne dass nicht aufgelaufene überdauerungsfähige Saat in die Tiefe verbracht wird. Vielmehr muss das Beseitigungsregime auf Auskeimung gerichtet sein. Die weitere Fruchtfolge auf den Flächen soll mindestens zehn Jahre rapsfrei gehalten werden. In dieser Zeit sind ein mögliches Aufkeimen zu beobachten und ggf. zu beseitigen.
4. Die Landesregierung möge geeignete Maßnahmen erarbeiten, um die Gefahr einer erneuten Ausbringung von nicht zugelassenem Saatgut zu verhindern.

5. Die Landesregierung ist aufgefordert, die betroffenen Landwirte in der Auseinandersetzung mit der „Deutschen Saatveredlungs AG“ unterstützen, damit sie keinen finanziellen Schaden erleiden. Dabei ist ein voller verursachergerechter finanzieller Ausgleich zu gewährleisten einschließlich der Nachteile aus Fruchtfolgebeschränkungen.
6. Die Landesregierung möge dafür Sorge tragen, dass die betroffenen Standorte in das Standortregister für GVO-Anbau aufgenommen werden, damit sich die Nachbarbetriebe informieren können.

Detlef Matthiessen und Fraktion